



Stimmen aus Dänemark

über den

bevorstehenden Waffenstillstand.



Frankfurt am Main,

gedruckt bei Benjamin Krebs.

1848.

Stimmen aus Thüringen



Stimmen aus Thüringen

1881

Vorwort.

In einem Augenblicke, wo alle deutschen Zeitungen voll sind von einem zwischen Preußen und Dänemark sey es bereits abgeschlossenen, sey es dem Abschlusse nahen Waffenstillstande scheint es nicht unzweckmäßig, die Art und Weise, wie die Dänische Presse über diesen Waffenstillstand sich äußert, zu allgemeinerer Kunde zu bringen. In einer Reihe leitender Artikel, sicherem Vernehmen nach aus amtlicher Feder geflossen, bemüht sich "Fädrelandet" das Organ der vorzugsweise fanatisch-nationalen Partei die öffentliche Meinung in Dänemark für diesen Waffenstillstand zu gewinnen, durch Hervorhebung einer Seite der Vortheile, welche derselbe Dänemark gewähre, so wie andrer Seite der Schmach, welche daraus für Deutschland fließe. Wir theilen diese Artikel, die bisher nur auszugsweise in einigen norddeutschen Zeitungen veröffentlicht und besprochen worden sind, ausführlich in getreuer Uebersetzung mit, und enthalten uns aller weiteren Bemerkungen darüber, überzeugt, daß ihr Inhalt jedem auf solchen Grundlagen abgeschlossenen Waffenstillstande hinreichend sein Urtheil spricht.

„Fädrelandet“ vom 12 Juli. 1848.

Der Waffenstillstand zwischen Dänemark und Preußen für sich und den deutschen Bund, wird, wenn er zu Stande kommt, auf folgenden Bedingungen abgeschlossen werden:

1.

Von dem Tage des Abschlusses an soll ein vollständiger Stillstand der Feindseligkeiten, sowohl zu Wasser als zu Lande, während dreier Monate eintreten, mit einer Kündigungsfrist von einem Monat für jede der beiden contrahirenden Parteien. Wenn keine Kündigung von der einen oder der andern Seite stattfindet, wird eine Verlängerung des Waffenstillstandes, als von beiden Seiten angenommen, angesehen werden.

2.

Wenn der Waffenstillstand von einem der beiden Contrahenten gekündigt wird, soll es beiden Armeen freistehen, die Stellungen wieder einzunehmen, welche sie vor dem 27. Juni innehatten.

3.

Die von der dänischen Marine bewerkstelligten Blokaden sollen aufhören, und die deshalb erforderlichen Befehle sollen den Commandeuren der dänischen Kriegsschiffe unverzüglich gegeben werden.

4.

Alle Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen sollen ohne Aufenthalt und ohne Vorbehalt in Freiheit gesetzt werden.

5.

Alle seit dem Anfange des Kriegs aufgebracht und mit Beschlag belegten Schiffe sollen nach Verlauf von zehn Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes zurückgegeben werden, welcher Zeitraum als nothwendig erachtet wird, einerseits um die Schiffe in Stand zu setzen auszulafen, andererseits die Räumung der Herzogthümer zu vollführen. Preußen willigt sowohl im eigenen als im Namen des Bundes in die Schadloshaltung Dänemarks für die Requisitionen in natura, welche für Rechnung der preussischen und Bundestruppen gehoben worden sind, und Dänemark verpflichtet sich, den Werth aller der Schiffladungen, welche entweder verkauft worden sind, oder nicht in natura zurückgegeben werden können, zu ersetzen.

6.

Die beiden Herzogthümer und die zu ihnen gehörigen Inseln sollen in ihrer ganzen Ausdehnung sofort von den dänischen Truppen und den Bundestruppen geräumt werden. Indessen soll es Dänemark eingeräumt werden, die Hospitäler, Depots und militärischen Etablissements auf der Insel Alsen, mit 400 Mann zu bewachen.

Auf der andern Seite wird es eingeräumt, daß eine gleiche Anzahl Bundestruppen zu demselben Zwecke die Stadt Altona und andere Punkte, wo sich Hospitäler und militärische Etablissements befinden, besetzt.

7.

Da beide contrahirende Parteien wünschen, baldmöglichst Ruhe und Ordnung in die Herzogthümer zurückzuführen, so sind sie übereingekommen, daß die Administration in der Weise, wie sie vor den Begebenheiten des März bestand, wieder errichtet werde, so lange der Waffenstillstand dauert. Die gemeinschaftliche Regierung für beide Herzogthümer wird aus 5 Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche unter den Notablen der Herzogthümer gewählt werden, und allgemeine Achtung und Zutrauen genießen. Diese sollen die Herzogthümer administrieren nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen im Namen des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig und Holstein und mit derselben Macht-

vollkommenheit, mit Ausnahme der gesetzgebenden Macht. Zwei dieser Mitglieder sollen vom König von Dänemark für Schleswig gewählt werden, und die beiden andern vom Könige von Preußen im Namen des deutschen Bundes für das Herzogthum Holstein. Diese 4 Mitglieder haben ein Fünftes zu wählen, welches die Stellung als Präsident einnehmen soll, und sollte man über diese Wahl nicht übereinkommen können, so wird Großbritannien als vermittelnde Macht aufgefodert werden, das fünfte Mitglied zu bezeichnen, welches gleichfalls unter den Bewohnern der Herzogthümer zu wählen seyn wird.

Man ist übereingekommen, daß weder die Mitglieder der Verwaltung, welche vor dem 17. März in Function waren, noch die, welche seit dieser Epoche die Regierung gebildet haben, Antheil an der neuen Regierung bekommen können, welche letztere sobald wie möglich, und spätestens 14 Tage nach der Unterzeichnung dieser Uebereinkunft in Kraft treten soll.

S.

Während der Waffenstillstand dauert, sollen nur die unten bezeichneten Truppen in den Herzogthümern bleiben, um zur Disposition der in den frühern Artikeln festgestellten Auctorität gestellt zu werden.

- A. Im Herzogthum Holstein, das Bundescontingent dieser Provinz auf Friedensfuß reducirt.
- B. Im Herzogthum Schleswig der Stamm der in Schleswig ausgeschriebenen Truppen. Diese sollen nicht die in Friedenszeiten gewöhnliche Anzahl überschreiten, und sollen ihre Kantonnements so nahe wie möglich bei ihrer Heimath haben.

Die übrigen schleswig'schen und holstein'schen Truppen so wie die Freicorps, die von Eingebornen beider Herzogthümer gebildet sind, sollen verabschiedet werden, und die übrigen dänischen und deutschen Freischaaren sollen gänzlich Schleswig und Holstein räumen. Die Erfüllung dieses Artikels wird militärischen Commissarien übertragen, die ad hoc gewählt werden sollen von den contrahirenden Parteien, und sich in dieser Hinsicht mit einander zu vereinigen haben.

9.

Der König von Dänemark und der König von Preußen, im Namen des deutschen Bundes, sollen Jeder das Recht haben, einen Commissär zu ernennen, welcher während des Waffenstillstandes in den Herzogthümern residiren soll, und officiell über die Erfüllung obensiehender Bedingungen wachen soll, so wie über die unparteiische Aufrechthaltung der Gesetze, sowohl für die dänischen als deutschen Einwohner.

10.

Das Herzogthum Lauenburg wird in denselben Zustand zurückgebracht, in dem es sich vor dem Einrücken der Bundesstruppen befand.

11.

Die contrahirenden Parteien werden Großbritanniens Garantie für die genaue Erfüllung der Artikel dieser Uebereinkunft und dieses Waffenstillstandes nachsuchen.

12.

Es ist ausdrücklich angenommen, daß die Artikel der gegenwärtigen Uebereinkunft in keiner Hinsicht den endlichen Friedensbedingungen präjudiciren sollen, und daß weder Dänemark noch Deutschland die Vortheile und Gerechtsame aufgeben, welche sie jedes für sich geltend gemacht haben.

„Fädrelandet“ vom 13. Juli 1818.

Gestern waren wir im Stande unseren Lesern die Bedingungen mitzutheilen, unter welchen die beiderseits commandirenden Generale wahrscheinlich in diesen Tagen einen Waffenstillstand zwischen Dänemark und Preußen für sich und im Namen des deutschen Bundes abschließen werden. Da diese Bedingungen vermuthlich

verschieden werden aufgefaßt werden, so wollen wir heute versuchen, unsern Beitrag zu ihrer Beurtheilung zu geben.

Will man den Waffenstillstand im Verhältniß zu unserer Hoffnung und unseren Wünschen in's Auge fassen, so kann man sich natürlicherweise keinesweges durch denselben zufriedengestellt fühlen; will man annehmen, daß die Regierung die Wahl gehabt hat, zwischen diesem Waffenstillstand und der Aussicht, mit Hülfe des Schwedisch-Norwegischen Heeres die Deutschen aus Schleswig herauszutreiben und sie dazu zu zwingen, das Recht Dänemark's anzuerkennen, die Angelegenheiten dieses Herzogthums in Uebereinstimmung mit den Bewohnern desselben allein einzurichten und zu lenken — so muß man sagen, daß die Regierung unverantwortlich gehandelt hat, ja! thöricht, wenn sie den Waffenstillstand vorgezogen hat. Allein diese Wahl kann dieselbe nicht gehabt haben. Man muß annehmen, daß sowohl England als Rußland, die beiden Großmächte, welche zunächst bei dem Streite und der Beendigung desselben betheiligt sind, auf einen Waffenstillstand bestanden, und das Eingehen auf denselben von unserer Regierung verlangt haben, als Bedingung ihrer künftigen Sympathie und Vermittelung, und daß ebenfalls die Schwedisch-Norwegische Regierung das Verlangen gestellt hat, daß der Versuch zu einer friedlichen Ausgleichung gemacht werde, bevor sie sich dazu bestimmen würde, eine wirksame Hülfe zu leisten, und daß sie diese nur mit der von Anfang an bezeichneten Begränzung, zur Vertheidigung Jütland's und der Inseln Veistand zu leisten, nicht aber zu der Wiedereroberung Schleswig's, hat gewähren wollen. Unter dieser Voraussetzung waren die beiden Alternativen, unter denen unsere Regierung zu wählen nicht die: eine in mehrerer Beziehung weniger günstige Waffenruhe, ein ungewisser und unsicherer Zustand auf der einen Seite und die Aussicht auf eine siegreiche schließliche Beendigung auf der anderen, sondern sie waren: auf der einen Seite eine gewonnene Frist, sowohl um den Gang der Begebenheiten im Auslande abzuwarten, als um die innere politische und militärische Organisation zu fördern und zu vollenden: auf der andern Seite die Aussicht auf einen verzweifeltsten Einzelkampf gegen die Uebermacht, welcher, insbesondere wenn das Bundesheer dicht zusammengeschlossen in Schleswig stehen bleiben würde, und in vortheilhaften Stellungen von unserem halb so starken Heere

angegriffen werden sollte, kaum möglich zum Siege würde führen, sondern für den Fall, daß das Schwedisch-Norwegische Heer, nachdem die von den Ständen bewilligten Geldsummen verbraucht worden, nach Hause gerufen und aufgelöst werden sollte, leicht die Besetzung der ganzen Halbinsel würde nach sich ziehen können, welcher im glücklichsten Falle uns so theuer erkaupte Siege versprechen würde, daß wir dieselben nicht würden benutzen können, sondern im unglücklichsten Falle alle unsere Vertheidigungsmittel so verbrauchen würden, daß wir zuletzt genöthigt seyn würden einen demüthigenden Frieden anzunehmen.

Betrachten wir jetzt, hievon ausgehend, die Bedingungen des Waffenstillstandes.

Für's Erste soll er drei Monate mit einer Monatskündigung dauern. Hier werden manche sagen: wenn drei Monate verflossen sind, so steht der Winter vor der Thür; unsere Flotte ist dann unbrauchbar; der Feind kann dann ungehindert nach Fühnen und Alsen hinübergehen, allein auf der anderen Seite muß doch eingeräumt werden, daß, wenn der Waffenstillstand für uns von Nutzen seyn soll, wenn eine Volksbewaffnung während desselben organisirt und das Verfassungswerk vollführt werden sollte, wenn die Armeen ihre Stellungen verlassen und zum Theil aufgelöst werden, wenn die Lasten des Staats vermindert werden und die treue Bevölkerung Schleswig's ihr Leiden gelindert sehen sollte; so kann der Waffenstillstand kaum kürzer dauern als drei Monate. Außerdem sind die Truppen des deutschen Bundes ebensowenig im Stande einen Winterfeldzug in unserem Klima zu machen als unsere eigenen; ist der Friede nicht vor Ablauf der drei Monate geschlossen, so wird der Waffenstillstand wahrscheinlich von selbst bis zum Frühjahr verlängert werden. Daß die Blockade aufhört und alle Gefangene auf freien Fuß gesetzt werden, wird man in der Ordnung finden; was gegen die Auslieferung der genommenen Schiffe vielleicht die Unzufriedenheit Vieler erregt hat. Man muß indessen zunächst das beachten, daß die Aufbringung der deutschen Schiffe nur als ein Zwangsmittel angeordnet wurde, um den Bund von dem Ueberschreiten unserer Grenze abzusprechen, und daß der Zweck desselben nicht der gewesen ist, uns fremden Privateigenthums zu bemächtigen. Dann auch ist der Werth, welchen wir in diesen genommenen Schiffen besitzen, keineswegs so groß wie Viele glauben. Wenn sie mit-

telst Auction bei dem jetzigen Stillstand in unserem eigenen, wie in dem Handel ganz Europa's, verkauft werden sollten, so würden sie verhältnißmäßig wenig einbringen, höchstens vielleicht 1½ Millionen oder kaum zwei Monate Kriegskosten. Auch muß man natürlicher Weise diesen Artikel aus seiner Verbindung mit den beiden folgenden nicht herausheben. Die Widerlage für die Auslieferung der genommenen Schiffe ist die Räumung beider Herzogthümer von den deutschen Truppen bis auf ein unbedeutendes Corps, welches in Altona zur Bedeckung der Hospitäler u. a. m. verbleiben darf, und Entschädigung für die in Züftand ausgeschriebenen Requisitionen. Also es wird erreicht, was durch das in Anwendung gebrachte Zwangsmittel beabsichtigt war, es scheint mithin in seiner Ordnung, daß auch dieses aufhört. Und es scheint uns, daß die Räumung von zwei oder richtiger drei Ländern von einem überlegenen Feinde, dessen Vertreibung mittelst unserer eigenen Macht nicht in Aussicht stand, bei Weitem den Vortheil überwiegt, welchen der Staat aus dem Verkauf der aufgebrachten Schiffe haben könnte. Wir kommen zu dem 7ten Artikel, über die Verwaltung der Herzogthümer während des Waffenstillstandes und gestehen, daß dieser am meisten Bedenken bei uns erregt. Derselbe schreibt eine temporäre Fortsetzung der Verwaltungsgemeinschaftlichkeit vor und damit des Schleswig-Holsteinnismus. Es nützt nicht viel, daß das Recht des Königs von Dänemark auf Schleswig anerkannt wird, wenn dasselbe nur darin gesetzt wird, ein paar Mitglieder einer Verwaltung zu ernennen, welche für Holstein gemeinschaftlich seyn soll; und daß sowohl die Mitglieder der älteren Administration, wie der provisorischen Regierung ausgeschlossen werden, schließt nicht den Geist der alten und der jetzigen Verwaltung aus, denn die Wahl der neuen Verwalter ist gebunden an Schleswig's und Holstein's Notabeln und es wird nicht leicht seyn unter diesen einen zu finden, welcher nicht mehr oder weniger Schleswig-Holsteiner ist. Auf der andern Seite muß man nicht übersehen, daß diese Bestimmung den Zweck hat, den Zustand vor dem Ausbruch des Aufruhrs zurückzuführen, oder alles zu vertilgen, was seit dem 17. März vorgegangen ist. Vor dem Aufbruch war nur die Verwaltung gemeinschaftlich, und daß man Dänischer Seits um die Absetzung der provisorischen Regierung und die Aufhebung aller ihrer Maaßregeln zu erreichen, dazu genöthigt gewesen hierauf einzugehen, während der Schlußartikel, welcher be-

stimmt, daß keiner von den angenommenen Artikeln für die Bedingungen des endlichen Friedens präjudicial seyn sollen, füglich wohl einige Beruhigung geben kann hinsichtlich der Consequenzen, welche man auf deutscher Seite natürlich aus dem 7ten Artikel herleiten wird. Die beiden zunächstfolgenden Artikel 8 und 9 tragen auch einiges dazu bei für denselben Artikel einen Ausweg zu verschaffen, indem der erste bestimmt, daß die Cadre der Schleswig'schen Truppen in diesem Herzogthum garnisoniren sollen und der zweite, daß ein Dänischer und ein Preussischer Commissär in den Herzogthümern residiren und über die Erfüllung der Bedingungen wachen sollen. Ohne Zweifel wird nemlich die Anwesenheit der treuen Schleswig'schen Truppen in Schleswig die Volkseinstimmung bedeutend stärken, welche jetzt, nachdem das Land des Krieges Unglück erfahren hat, sich mit Kraft gegen die Urheber dieses Unglücks erheben wird und die Anwesenheit eines tüchtigen und wachamen Dänischen Commissärs wird hoffentlich dazu beitragen, die Schleswig-Holsteinischen Machinationen im Zügel zu halten.

Wir haben hiemit die wesentlichen Bedingungen des Waffenstillstandes von Dänischer Seite aus betrachtet, versuchen wir nun auch uns auf den Standpunct unserer Feinde, Preußens und des deutschen Bundes zu stellen. Alles was sie erreichen ist die Aufhebung der Blokade und die Herausgabe der Schiffe; allein was sie aufgeben ist folgendes:

1) drei Herzogthümer besetzt von einer Armee, welche noch keine Niederlage erlitten hat, und welche stark genug war, ihre Stellung zu halten, selbst gegen ein doppelt so großes Heer als das, welches wir in den ersten Monaten in's Feld stellen konnten;

2) die Einverleibung Schleswig's in den Bund, welche feierlich von dem Bundestage ausgesprochen und von der Nationalversammlung bei dem Empfange der Schleswig'schen Deputirten bestätigt worden ist;

3) die provisorische Regierung, welche sie als legitim anerkannt haben, und mit welcher sie als solche unterhandelt haben;

4) die Schleswig-Holsteinische Partei, deren einmal von ganz Deutschland aufgenommenen Forderungen unabgemacht dem Urtheilspruch nichtdeutscher Mächte überwiesen werden;

5) die Augustenburgischen Prätendenten, denen der König von Preußen persönlich Beistand versprochen hat, deren indessen in dem

Waffenstillstande mit keinem Worte Erwähnung geschieht, denen keine Amnestie, kein Asyl zugesichert wird;

6) endlich die durch die Kriegsführung verursachten Kosten, welche theils den Herzogthümern, theils dem Bunde zur Last fallen, allein, insoweit sie von dem eigentlichen Dänemark getragen worden sind, erstattet werden.

Es scheint uns, daß unsere übermüthigen Feinde viel mehr an diesem Waffenstillstand müssen aussetzen haben, als wir das kleine, geringgeschätzte Volk.

Mit diesen Bemerkungen mag es für heute genug seyn. Es ist natürlich unmöglich ein richtiges Urtheil über den Waffenstillstand und die Bedingungen desselben zu fällen, bevor alle hier in Betracht kommende Verhältnisse aufgeklärt und alle bezüglichlichen Actenstücke bekannt gemacht sind. Die bevorstehende Reichsversammlung wird hiefür Sorge zu tragen und die Verantwortung des Ministeriums für diese, wie für dessen übrige Handlungen entgegenzunehmen haben. Wir glauben, daß es der Regierung glücken wird, die Versammlung von der Nothwendigkeit und Richtigkeit dessen, was geschehen ist, zu überzeugen, und wir halten uns überzeugt, daß das Volk in der nahen Aussicht auf diese vollständige Rechnungsablage sich von jedem übereilten Urtheil abhalten wird. —

„Fädrelandet“ vom 14. Juli 1848.

Es ist natürlich, daß eine Begebenheit von so eingreifender Natur, wie die eines Waffenstillstandes, den Gedanken eines jeden dänischen Mannes lebhaft beschäftigen muß, und die Presse, deren Aufgabe es ja ist, mit der mündlichen Discussion wichtiger Tagesfragen Hand in Hand zu gehen, kann deshalb nicht dabei stehen bleiben, selbige einzeln oder im Vorbeigehen zu behandeln. — Wir fühlen uns deshalb aufgefordert, noch einmal auf diesen Gegen-

stand zurückzukommen. Wir haben schon auf des Waffenstillstandes allgemeine Bedeutung für das Land hingewiesen, sowie auf die Stellung der Bedingungen zu den Resultaten des Krieges und zu den Aussichten des Krieges im Ganzen, sowie diese für den Augenblick vorhanden sind.

Wir wollen heute Abend mehr Rücksicht nehmen auf die praktische Lösung einzelner streitiger Punkte, welche, wie uns bekannt ist, schon die öffentliche Meinung beschäftigt.

Es ist eine Selbstfolge, daß der 7. Artikel des Waffenstillstandes den Gedanken darauf hinleiten muß, in wie weit einige Wahrscheinlichkeit dafür vorliegt, daß wenigstens einiges Gleichgewicht zwischen den deutschgewählten und den dänischgewählten Elementen der einstweiligen Administration auf dem in dem Artikel angedeuteten Wege herstellig zu machen sey.

Preußen für sich und im Namen des Bundes hat auf seiner Seite zur Förderung der deutschen Interessen eine ganz anders reiche Auswahl deutsch- und schleswig-holsteinisch-gefinnter Persönlichkeiten, welche mit Klugheit und Kraft die deutschen Interessen wahrnehmen können und wollen, als Dänemark für die Förderung dänischer Interessen auf seiner Seite hat. Abgesehen davon, daß unser Gegner die Bevölkerung von ganz Holstein und einen Theil Schleswig's in dieser Beziehung zu seiner Verfügung hat, während wir nur auf Nord- und Mittel-Schleswig hingewiesen sind, so sind ja die Intelligenz und die höheren Classen zum großen Theil auf ihrer Seite, während Dänemark fast allein im Bürger- und Bauern-Stande, in dem eigentlichen Volk seine Mitglieder dieser interimistischen Administration suchen kann; das Verhältniß stellt sich beim ersten Blick durchaus zu Preußens Vortheil, es ist keine Wahrscheinlichkeit dafür, daß wir innerhalb unsers beschränkten Kreises eine solche Menge von Energie und Talent, von Intelligenz und Erfahrung finden können, wie Preußen solche seinerseits ohne Schwierigkeit wird herstellig machen können; aber ist es denn denkbar, daß diesem abzuhelpen ist?

Daß wir in Schleswig Männer von einer geprüften Treue und Loyalität gegen König und Vaterland besitzen — Leute, deren Ueberzeugung keine feindliche Macht wird erschüttern können, keine listige Verschmißtheit wird bestreichen können, das wissen wir; und dadurch ist uns schon viel gesichert, aber wie soll die ange deutete

geringere Masse von Talent und Erfahrung ausgeglichen werden? Die Mitglieder der Regierung sollen zwar aus der Bevölkerung der Herzogthümer gewählt werden, aber Niemand verbietet, ihnen Secretäre und Gehülfen beizuordnen, welche anderswo als dort geboren und ansässig sind. Solche sind auf beiden Seiten unentbehrlich, denn keiner wird doch verlangen, daß jene vier Mitglieder und ihr Präsident allein die ganze Regierungsarbeit ausführen sollen. Bei der Wahl dieser Secretäre oder Regierungsräthe kann man also ohne Localrückichten nach Tüchtigkeit und Talent wählen, und ist es nicht unwahrscheinlich, daß diese Männer einen bedeutenden Einfluß auf den ganzen Geist und Gang der Administration ausüben werden. Auch ist es nicht zu befürchten, daß selbst hochstehende dänische Beamte sich weigern würden, eine solche, mit Rücksicht auf den amtlichen Rang untergeordnete Stellung, zu übernehmen, weil sie unter weniger hervorragenden Individualitäten stehen würden; ein jeder gute Däne würde unter gegenwärtigen Verhältnissen eine solche Stellung sich zur Ehre anrechnen. Dadurch würde diese Hauptschwierigkeit beseitigt seyn. Dänische Beamte würden überdies hiedurch eine willkommene Gelegenheit finden, sich in die schleswig'schen Verhältnisse hineinzusetzen, eine Gelegenheit, welche leider früher nicht gar zu oft sich geboten hat.

Der zweite Uebelstand des siebenten Paragraphen ist augenblicklich die Wahl des fünften Mitgliedes, des Präsidenten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die ersten vier Mitglieder sich über diesen Punkt leicht einigen würden und die Entscheidung desselben würde solchergestalt Großbritannien, als vermittelnder Macht, zu übertragen seyn. So, meinen viele, sind wir sicher, „daß wir eine Bunsen'sche Creatur, einen Erzschleswig-Holsteiner zum Regierungspräsidenten der Herzogthümer bekommen, und damit ist denn der Character und das Resultat dieser interimistischen Regierung im Voraus gegeben.“

Aber diese Annahme ist, wenn wir nicht gar zu sehr irren, nicht besser begründet, als die Annahme von Ritter Bunsen's Verwandtschaft mit Lord Palmerston, und des Letztern dadurch veranlaßte, muthmaßliche Sympathie für Preußen factisch richtig ist.

Ebensowenig wie Palmerston Bunsen's Bruder, Better oder Schwager ist, ebensowenig ist einige Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß er bei der Wahl des interimistischen Regierungspräsi-

dentem der Herzogthümer durch Bunsen'sche oder preussische Empfehlungen sich leiten lassen wird. Palmerston hat Gelegenheit gehabt, selbst wenigstens Einen in den Herzogthümern gebornen und zur Zeit ansässigen Mann kennen und schätzen zu lernen, weshalb sollte er denn einen Bunsen'schen Günstling einem persönlichen Freunde vorziehen?

Lastet uns Palmerston's Achtung vor Preußen's Gesandten in London so hoch wie möglich anschlagen, so hat doch wohl der edle Lord eben so große Achtung vor sich selbst, und wir können in der That nicht einsehen, weshalb er lieber Bunsen's Empfehlung- als seiner eignen Kunde folgen sollte.

Und ferner ist der preussische Einfluß auf die Entscheidung dieser Frage von Seiten der brittischen Regierung wahrscheinlich, so ist dänischer Einfluß doch auch denkbar. Es wäre z. B. wunderbar, wenn die englische Regierung in einer so wichtigen Frage ihren eignen Gesandten in Kopenhagen gänzlich übergehen sollte, ohne vorher hierüber seine Meinung gehört zu haben. Und beräth sie sich mit diesem achtungswerthen und rechtschaffenen Manne, so bürgt sein Charakter uns dafür, daß die englische Regierung von dieser Seite wenigstens keine preussische Antwort erhalten würde.

Wir glauben, daß dieser Einwand mehr seinen Grund hat in einem auf getäuschten Interventions-Erwartungen begründeten Mißtrauen zu Lord Palmerston, als in einer richtigen oder selbst wahrscheinlichen Berechnung.

Aber der Haupteinwand gegen den siebenten Artikel der Bedingungen ist und bleibt die gemeinschaftliche Regierung der Herzogthümer. Hierauf kann, wie wir in unserer gestrigen Nummer bemerkten, nichts anderes geantwortet werden, als daß diese Bestimmung einzig und allein den Zweck hat, den Zustand zum status quo ante zurückzuführen, welches eine allgemeine völkerrechtliche Regel beim Abschlusse eines jeden Waffenstillstandes ist, welcher mehr als eine bloße tactische Uebereinkunft zwischen zwei feindlichen Armeen ist.

Aber da in der Geschichte kaum ein analoges Präcedens eines solchen Krieges zu finden ist, als der, den wir mit Preußen und dem Bunde führen, und da die interimistische Ordnung so verwickelter Verhältnisse, wie die der Herzogthümer, durch langes Versäumniß und Deutschland's absurde Einmischung geworden sind, kaum je

früher Gegenstand der völkerrechtlichen Uebereinkunft zweier feindlichen Mächte geworden ist, so haben beide Theile, aber wahrscheinlich insbesondere die dänische Regierung es als nothwendig betrachtet, den Inhalt dieses Artikels dadurch zu neutralisiren, daß am Schlusse der Bedingungen ausdrücklich hervorgehoben wird, — was sonst niemals auf diese Weise hervorgehoben zu werden pflegt — daß die Bedingungen des Waffenstillstandes für die schließliche Friedensbasis keine Bedeutung haben. Hieneben muß man noch bemerken, daß Preußen dadurch, daß es auf eine solche interimistische Fixirung der Verhältnisse der Herzogthümer, wie im siebenten Artikel ausgesprochen ist, zu derselben Zeit bringt, in welcher es unbarmherzig die Sache seiner Augustenburger Mündel aufgibt, offenbar den Schein hat bewahren wollen, als wenn es das vermeintliche Recht der Herzogthümer der deutschen Nationalität aufrecht erhalte, während es gänzlich die Hand von dem Aufruhr und den Landesverräthern zurückzog; es hat sich vor Deutschland, vor Europa, als Vertheidiger der Sache, nicht der Person zeigen wollen. Preußen hat die Ehre retten wollen; dieses haben unsere Staatsmänner demselben nicht verbieten können, oder vielleicht lieber nicht verbieten wollen; denn bei Unterhandlungen ist es gewiß nicht der unwichtigste Punkt, dem Feinde, und besonders einem überlegenen Feinde, einen ehrenvollen Rückzug möglich zu machen, man muß der Eitelkeit seines Gegners Zugeständnisse machen, wenn man nur nichts Wesentliches aufopfert; denn die Erfahrung hat gelehrt, wie oft Unterhandlungen, welche in der Wirklichkeit eine vortheilhafte Wendung für den einen Theil genommen hatten, an der Unlust desselben, dem andern eine fühlbare Kränkung zu ersparen, gescheitert sind.

Es wurde in der gestrigen Nummer unseres Blattes bemerkt, daß wenn die Bedingungen dieses Waffenstillstandes auch nicht durchaus vortheilhaft für uns wären, sie auch wohl nicht Deutschland's unbedingten Beifall finden würden. Diese scheint dadurch bestärkt zu werden, daß die mit der gestrigen Post angekommenen deutschen Zeitungen keine sichere oder officiële Mittheilungen darüber enthalten. Es scheint, als wenn die preussische Regierung sich nicht mit der Veröffentlichung beeilt, und es sollte uns nicht wundern, wenn wir mit der nächsten Post erfahren, daß diese Bedingungen in Berlin Gegenstand von wenigstens eben so getheilten Meinungen würden, als sie es in Kopenhagen geworden sind.

„Fädrelandet“ vom 15. Juli 1848.

Als der Schleswig-Holsteinische Aufruhr ausbrach, hielten die Meisten ihn für ernster als er war. Er bot uns ein ganz neues Schauspiel: eine Beamtenrevolution dar. Sowohl die Schlacht bei Bau und die Besetzung von ganz Schleswig innerhalb weniger Tage, wie das verzweifelte Jammergeschrei der Insurgenten, zeigten der ganzen Welt, daß es nicht ein unterdrücktes Volk war, welches sich erhob oder eine zurückgesetzte Nationalität, welche ihr Recht forderte, sondern eine künstliche, unnatürliche, unvolksthümliche Bewegung, die zu Boden geworfen wurde, sobald das Dänische Volk das Schwert erhob. Dies ist das erste Stadium des Aufruhrs.

Deutschland tritt hinzu; es ist nicht länger eine Schleswig-Holsteinische Aufrührerpartei, sondern deutsche Eroberer, die wir vor uns haben. Die Preußen und ihre Bundesgenossen suchen dies dadurch an den Tag zu legen, daß sie die Schleswig-Holsteinischen Truppen so viel wie möglich vom Kampfe fern halten. Als Deutschland sich gegen uns erhob, schien es, daß ein Ersatz aus dem Westen, Osten und Norden kommen werde. Man gab sich dem Glauben hin, daß die Engländer den Fleck von 1807 dadurch abwaschen würden, daß sie einer geistesverwandten Nation zu Hülfe kommen, daß sie ein gegebenes, wenn gleich schon etwas altes Versprechen treu halten würden; — daß der Beherrscher des Ostens ritterlich den Unrechtleidenden beschützen, eine Lanze mit dem unbändigen Deutschland brechen würde; — daß die Brüdervölker alle Rücksichten bei Seite setzen und sich in unsere Reihen stellen, und daß ein einiger Norden aus dem Kampfe hervorgehen würde. Damals war es Dänemarks Aufgabe die Beschwerden des Krieges gegen einen überlegenen Feind auszuhalten, bis unsere Freunde sich über die Art und Weise wie sie uns zu Hülfe kommen sollten, vereinbart haben würden. Dies geschah. Die Schlacht bei Schleswig und die folgenden Treffen zeugen davon, daß das Volk mit Hoffnung und Zuversicht kämpfte, daß es, wenn es auch der Uebermacht weichen mußte, doch fest entschlossen war, den

Feind ein jedes Vorrücken theuer erkaufen zu lassen. Dies war das zweite Stadium.

Unsere Hoffnung wurde getäuscht. Wir stehen allein, und wenn wir auch die Sympathien der genannten Mächte für uns haben, so wollen sie doch nicht für uns in den Krieg ziehen. Was ist nun zu thun? Wir müssen vor Allem nicht verzweifeln, sondern uns unsere Lage klar zu machen suchen.

Einen Beitrag hierzu liefert Magister Grimur Thomsen in dem letzten Hefte der dänischen Zeitschrift, den man mit Interesse lesen wird, ja vielleicht mit erhöhtem Interesse, wenngleich der von ihm empfohlene Waffenstillstand jetzt als abgeschlossen angesehen werden kann. Der Verfasser weist nach, wie England und Rußland für den Augenblick den Frieden wollen, aber daß beide Reiche, namentlich das letztere, auf den Krieg gefaßt seyn müssen. Rußland arbeitet der Einheit und dem nationalen Aneinanderschließen entgegen, wonach Europa trachtet. Dies hindert nicht, daß es ja selbst zur Erreichung seiner eigenen Absichten sich dieser Sonderungs- und Einheitstendenz der Nationalitäten bedient, um so mehr als eine Demonstration zu Gunsten des slavischen Volkes ein Hauptmittel seyn würde, um die deutsche Einheit zu brechen. Rußland's zweideutiges Benehmen Preußen gegenüber, ist ein Indicium in dieser Richtung, welches sich schwerlich auf andere Weise erklären läßt. Die bis jetzt halben Maßregeln desselben in der dänischen Frage sind ein zweites Kennzeichen. Die kriegerischen Rüstungen desselben, begleitet von den friedlichsten Versicherungen, bestärken jene Vermuthung; denn wie drohende Wolken ziehen diese ungeheuren Armeen sich im Osten zusammen, ohne daß Jemand außer Kesseltrode, dem Kaiser und Gott, eine Ahnung hat, wohin sie ziehen sollen.

Die Truppen des Czaren zeigen sich an Deutschland's Grenzen, während seine Kriegsschiffe im nordischen Fahrwasser kreuzen. Deutschland sieht ihn als seinen Feind, wir sehen ihn als unsern Freund an. In der Wirklichkeit ist er beides gleich viel und gleich wenig. Rußland fürchtet bei der Einheit die Freiheitsbestrebungen, aber traut sich doch nicht die Allmacht zu, sie zu unterdrücken. England's Politik ist auch friedlich, besonders unter den jetzigen kritischen Verhältnissen. Aber diese beiden Mächte werden uns doch nicht zu einem unehrenvollen Frieden zwingen, da ein jedes unbillige Opfer, welches Dänemark zu bringen gezwungen würde, trotz

ihrer Vorstellungen mit verdoppelter Kraft die lebendigen Sympathien unserer Nachbarn wecken, und so das entgegengesetzte Resultat von dem bewirken würde, welches Rußland und England zugleich beabsichtigen (den Scandinavismus zurückzudrängen). Frankreich, welches noch nicht Krieg führen kann, wird vielleicht, wenn es sieht, daß das Recht nicht bloß buchstäblich, sondern geistig auf Dänemarks Seite ist, daß das blutige Schauspiel, welches an der Eider aufgeführt wird, von derselben Natur ist, wie dasjenige, welches an den Ufern des Po und in den böhmischen Gebirgen gespielt wird, nicht den Principien untreu werden, welche es schon oft durch seine edelsten und beredtesten Organe ausgesprochen hat. Scandinavien wagt nicht gegen den Willen der Großmächte für uns in den Kampf zu gehen, aber zeigt doch stets Sympathie für uns, und von den kleineren Mächten ist natürlich Holland uns sehr günstig.

Was ist nun zu thun? Wir haben drei Alternative: fortgesetzten Krieg, Frieden, Waffenstillstand.

Den Krieg fortsetzen? Mit allen unseren Anstrengungen, dem Muth und der Ausdauer des Heeres ist der Kampf, obgleich ehrenvoll, nicht vortheilhaft gewesen. Wir haben unsere Flotte um Deutschland zu schaden, aber der Krieg wird, je fühlbarer er dem Feinde wird, die Einigkeit unter den Deutschen befördern, welche sie sonst für's Erste nicht leicht erreichen würden; und welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen für uns nur verderblich seyn kann. Auch abgesehen hiervon würde es Bahnweis sein, den Krieg bis auf's Aeußerste fortzusetzen, wenn die Großmächte durchaus Frieden wollen, denn wenn Dänemark auch Deutschland Widerstand leisten könnte, mehreren Großmächten zu trotzen ist physisch unmöglich.

Sollen wir denn Frieden schließen? Nein! Es würde sehr gefährlich sein, selbst wenn die Bedingungen vortheilhaft würden, so wie Europa's Sachen zur Zeit stehen, übereilt einen Frieden mit einer Macht zu schließen, oder Gott weiß mit wie vielen machtlosen Regierungen, von denen kaum eine die Macht besitzt, einen wirklichen Frieden zu unterzeichnen.

Ein Waffenstillstand ist übrig.

Er ist nur eine zeitweilige Unterbrechung des Krieges, ohne daß er den endlichen Friedensbedingungen präjudicirt; er macht es unmöglich, eine freie Meinungsäußerung in den Herzogthümern zu

erhalten; während seiner Dauer kann die Sachlage, welche für den Augenblick so unvortheilhaft für uns ist, wie sie nur werden kann, sich verändern: er bewirkt, daß wir in Ruhe und Gemächlichkeit unsere Rüstungen fortsetzen können; wir können während dessen auf die Stimmung in den Herzogthümern, ja selbst in Deutschland wirken u. s. w. Aus diesen Gründen hält der Verfasser einen Waffenstillstand für empfehlungswerth. Er hebt deßhalb mit Recht hervor, daß, wenn er von uns angenommen und, nachdem er einmal vorgeschlagen ist, von Deutschland verworfen wird, „die diplomatische Stellung der dänischen Regierung so vortheilhaft, so überlegen sein würde, daß manche das, was sie jetzt oberflächlich verdammen, später ebenso oberflächlich zum coup de maitre des Ministeriums machen würden.“

Der Waffenstillstand ist jetzt, wie es scheint, von dänischer und preussischer Seite angenommen. Entweder wird er in Kraft treten, oder der deutsche Bund oder ein neues preussisches Ministerium weigert sich ihn anzuerkennen, so wird der Kampf zwischen den Parteien in Deutschland sich wahrscheinlich stärker entwickeln als zuvor, und möglicherweise wird Rußland, die Stütze der reactionären Partei, gezwungen, seine beobachtende Rolle aufzugeben. Wird er von der Frankfurter Versammlung verworfen, so wird es nothwendig einen Conflict zwischen dieser und Preußen geben, und die deutsche Einheitspartei, der Bund und mit ihm die Eroberungspläne sind für eine Weile begraben. Wird er von der Versammlung in Berlin verworfen, und das jetzige preussische Ministerium wird von einem andern abgelöst, so wird ein furchtbarer Kampf zwischen den Republikanern und Monarchisten in Preußen entstehen, der vielleicht das Signal zu einer politischen Umwälzung in Deutschland giebt, die wiederum die Erhaltung des europäischen Friedens unmöglich machen kann.

Es scheint unter diesen Umständen unsere Aufgabe zu seyn, ruhig die Entwicklung der Begebenheiten abzuwarten. Es ist ein herrliches Schauspiel, eine Nation für ihre Existenz begeistert sich in den Kampf stürzen zu sehen, entschlossen zu siegen oder mit Ehren zu fallen, aber vielleicht ein noch schöneres, eine Nation unter langen und ernsten Prüfungen, unter dem peinlichen Schweben zwischen Hoffnung und Furcht, einen vertrauenden Sinn, Glauben an die Zukunft, die erforderliche Kaltblütigkeit, um alle

glücklichen Umstände zu benugen, die Unverdroffenheit, die es zuläßt in einem günstigen Augenblick wieder zum Schwert zu greifen und sich für frühere Kränkungen zu rächen, bewahren und das erreichen zu sehen, was es sich zum Ziel gesetzt hat. Ein solcher Sinn muß jetzt in der Nation herrschen, ein solches Gefühl muß sie beseelen, dann wird kein Grund zum Verzweifeln seyn. Wir machen gerne die Worte des Verfassers zu den unsrigen:

„Die Erfahrung hat also oft gezeigt, wie kluges Warten den „Schwächeren stärken kann; die Geschichte hat mehrfach Beweise, „wie schnell die Sachen, namentlich in einem allgemeinen Revolu- „tionszustande eine neue Wendung nehmen können; wie ging es „nicht in der letzten Hälfte des 17. Jahrhunderts den Nieder- „landen unter Wilhelm von Oranien, diesem Fürsten der immer „geschlagen, aber nie vernichtet wurde, der nie eine Schlacht ge- „wann, aber immer einen vortheilhaften Frieden erhielt.“

„Aber es müssen die Kräfte gespart, es muß temporisirt, es „muß mit Kaltblütigkeit und Ausdauer gehandelt werden. Wenn „wir besonnen unsere Kräfte wägen, auf die Begebenheiten Acht „haben und bei erneuerten Rüstungen uns auf das Schlimmste „gefaßt machen, wenn wir die politischen Combinationen mit auf- „merkamen Auge verfolgen und darnach ohne Leidenschaft handeln; „wenn wir es uns zur Regel machen ebensowenig verzweifelnd „unsere Sache aufzugeben, wenn der politische Himmel dunkel „ausieht, als sanguinisch über einen Sonnenstrahl zu jauchzen, „so werden mit Hülfe der Vorsehung die Tüchtigkeit und der Pa- „triotismus des Dänischen Volkes die Symparthien des übrigen „Norden's und Europa's Achtung über lang oder kurz uns einen „ehrenvollen und dauernden Frieden bereiten und sichern.“

THE HISTORY OF THE
CITY OF BOSTON
FROM THE FIRST SETTLEMENT
TO THE PRESENT TIME
IN TWO VOLUMES
BY NATHANIEL BENTLEY
OF THE BARR

THE FIRST VOLUME
CONTAINING THE HISTORY
FROM THE FIRST SETTLEMENT
TO THE YEAR 1780
LONDON: PRINTED BY J. JOHNSON, ST. PAULS CHURCH-YARD, 1784.

